

# Der Volksstaat

Abonnementspreis:  
für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. pro Quartal,  
pro Monat 4 1/2 Sgr.  
Für Leipzig und Umgegend pro Quartal 13 Sgr.  
Filial-Expeditionen für die vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J. via New York.  
G. A. Pender,  
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Er erscheint wöchentlich 2 Mal in Leipzig.  
Bestellungen nehmen alle Postämter und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.  
Für Leipzig nehmen Bestellungen an:  
die Expedition, Hohestraße 4.  
die Genossenschaftsdruckerei, Zeigerstraße 44.  
L. Bebel, Peterstraße 18.  
J. Müller, Bayerschestr. 8b, III.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 4. Sonnabend, 11. Januar. 1873.

## An die Parteigenossen im 17. sächsischen Wahlkreise.

Männer der Arbeit! Abermals seid Ihr berufen, als Vorkämpfer des Proletariats in die Schranken zu treten, und in dem bevorstehenden Wahlkampfe neue Erfolge zu erringen, der Sozialdemokratie neue Triumphe zu bereiten, unser Banner mit neuen Siegesbändern zu schmücken.  
Dieser Sieg wird um so glänzender, der Triumph um so größer sein, als Eure Gegner, die mit der reaktionären Staatsgewalt verknüpfte Bourgeoisie, noch in letzter Stunde sich entschlossen haben, sich zum Kampfe zu stellen. Es wäre freilich zu viel erwartet, daß die Gegner nach mehrmaligen Niederlagen Ansehens des Ausfalls der letzten Kommunalwahlen die Macht des Proletariats anerkennen, auf einen für sie gänzlich aussichtslosen Kampf verzichten würden; allein man könnte trotzdem versucht sein zu glauben, daß diesmal, wo es sich darum handelt, einer Verurteilung gegenüber, durch die Wiederwahl des Beurteilten das Urtheil zu fassiren, wo des Volkes Stimme einer nicht unfehlbaren richterlichen Entscheidung gegenüber sprechen soll, wir sagen: es hieße eine zu gute Meinung von den Gegnern haben, wenn man hätte annehmen wollen, daß sie so viele Achtung vor sich selbst besitzen würden, um auf einen Wahlkampf zu verzichten, in welchem sie doch nur eine neue Niederlage davon tragen werden.  
Daß dieses nicht der Fall, beweist aufs neue, daß bei unsern Gegnern auch nicht ein Funken demokratischer Gesinnung vorhanden, daß auch nicht die entfernteste Spur von Gerechtigkeitssinn und Manneswürde bei ihnen zu finden ist.  
Nun wohl; es ist gut, daß die Sachlage sich so gestaltet, daß gar kein Zweifel mehr über die geistige und sittliche Verkommenheit unserer Gegner, der herrschenden, der besitzenden Klassen, obwalten kann. Um so leichter wird die Entscheidung am Tage der Wahl sein.  
Am 20. Januar aber wird das arbeitende Volk im 17. sächsischen Wahlkreise, das von der Rechtspflege der Bourgeoisie und in Reaction in der Person seines schon zweimal erwählten Vertreters und Bebel in seiner Souveränität beleidigte Volk auch über Euch, seine Gegner, zu Gericht sitzen.

Mitarbeiter! Bürger und Handwerker! Alle, die Ihr im Schweiße Eures von Noth und Sorgen durchfurchten Angesichts in schweren Tagelohnen Euer Brod erwerben müßt, ja, zur Schande der Menschheit sei es gesagt, kaum erwerben könnt, weil Ihr gezwungen seid, ein Heer gut besoldeter und noch besser dotirter Müßiggänger zu ernähren, Proletariat! Ihr die von Kindesbeinen an verdammt seid, in schmachvollster Vohlsclaverei zu schmachten, weil Ihr Risten und Kasten Eurer Gegner füllen müßt, Alle, Alle werdet Ihr ein- und am 20. Januar für Euren seitherigen, Euer allein würdigen Vertreter am Reichstage, für den treuen und unerschrockenen Vorkämpfer für die Rechte des gedrückten Proletariats, für den Bannerträger der Sozialdemokratie

## Bebel.

Parteigenossen! Es gilt nicht bloß zu siegen, nein, es gilt glänzend zu siegen; Ihr müßt glänzend siegen. Die Arbeiterpartei von ganz Deutschland erwartet dies von ihren braven Soldaten im 17. sächsischen Wahlkreise. Doch fern sei es von uns, Euch hierdurch noch besonders aufzuwecken zu wollen, Eure Pflicht zu thun, bei Euch, bei der alten Garde der Arbeiterbataillone thut dies nicht noth. Die Männer, die trotz Schülze-Deilisch 8000 Stimmen auftrachten, werden auch diesmal am Plage sein. Also nicht anfeuern — nein Glück wünschen wollen wir Euch zur Wahlschlacht — zum Wahlsiege.  
Hamburg, den 6. Januar 1873.  
Mit sozialdemokratischem Gruß  
Der Ausschuss der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.  
Ed. Frey, Vorsitzender. Th. Jork, Secretär.

## Wähler des siebzehnten sächsischen Wahlkreises!

Am 20. Januar dieses Jahres habt Ihr Euch zu einem großen Volksgericht zu versammeln: Ihr habt in letzter, höchster Instanz das oberste Appel- und Kassationshof zu entscheiden, ob der Mann, welchen Ihr vor 2 Jahren zu Eurem Vertreter im Reichstag gewählt habt, Euch auch fernhin vertreten soll; oder ob der Spruch des leipziger Schöffengerichts, der Euren rechtmäßig gewählten Vertreter das Mandat aberkannt, mit Recht gefällt worden ist und Rechtskraft erlangen soll.  
Ihr habt zu entscheiden, ob der souveräne Wille des Volkes, kundgethan in feierlicher Wahlhandlung, von jedem beliebigen Gerichtshof auf Antrag jedes beliebigen Staatsanwalts bei Seite geschoben werden kann oder nicht.  
Ihr habt zu entscheiden, ob der Spruch von 8000 unabhängigen Wählern schwerer wiegt, oder der Spruch von 3 vom Klassenstaat der Bourgeoisie besoldeten Richtern und 4 aus der Bourgeoisie genommenen Schöffen.  
Ihr habt zu entscheiden, ob Euer eigener Spruch zu fassiren ist, oder der Spruch Eurer Gegner.  
Die ganze unabhängige Presse ist einstimmig darin, daß die Übernehmung des Reichstagsmandats Eures Abgeordneten darauf hinausläuft, das allgemeine Stimmrecht zu einer Illusion, zu einer Spielerei zu machen. Im Namen des „Gesetzes“ ist das Urtheil

gefällt worden — richtet über das Gesetz, dem ein solches Urtheil entzogen konnte.

Ihr habt Bebel das Mandat gegeben; wenn das Mandat kein werthloses Stück Papier und Euer Wahlrecht kein Kinderhott sein soll, könnt nur Ihr das von Euch ertheilte Mandat widerrufen.

Das leipziger Schöffengericht hat durch sein Urtheil in Euren Willen eingegriffen.

Die Einzige, Euer würdige Antwort auf den Spruch des leipziger Schöffengerichts ist:

## die Wiederwahl Bebels.

Richtiger: die Bestätigung der Wahl Bebels und die Cassation des Urtheils des leipziger Schöffengerichts.

Denn Bebel ist von Rechts- wenn auch nicht von Gesetzeswegen, Euer Abgeordneter trotz alledem und alledem. Ihr habt sein Mandat nicht zurückgenommen, und, indem Ihr an die Wahlurne geht, und Euerem rechtmäßigen Abgeordneten zum zweiten Mal nach rechtsgültig erfolgter Wahl Eure Stimmen gebt, bestätigt Ihr nur die durch den Spruch des leipziger Schöffengerichts umgestoßene Wahl.

Diese Bestätigung ist eine dreifache Pflicht für Euch: Pflicht gegen Euren Abgeordneten, Pflicht gegen Euch selbst, Pflicht gegen die Arbeiterpartei.  
Pflicht gegen Euren Abgeordneten. Er hat treu zu Euch gestanden, Euer Interessen verfochten auf der Rednerbühne des Reichstags, und sonst in Schrift, Wort und That. Verfochten furchtlos und brav. Der Kampf für Eure Sache, für die Interessen der Arbeiterklasse, für die Interessen der Menschheit, nicht für seine eigenen Privatinteressen, hat ihn ins Gefängniß gebracht, hat das Urtheil veranlaßt, das Ihr am 20. ds. Mts. durch Euren Spruch zu fassiren berufen seid. Ihr werdet treu zu dem Manne stehen, der treu zu Euch gestanden hat. Ihr werdet Eure Pflicht thun gegen Bebel, der zum vollsten Maß seiner Kräfte seine Pflicht gegen Euch gethan hat!

## An die Wahlurne!

Pflicht gegen Euch selbst:  
Unsere Partei, welche die Götzen von Fleisch, Erz und Holz zerbricht, sieht allem Personenkultus fern. Wir reden daher hier nicht von Bewunderung, wir heischen nicht blinde Anbetung, noch weniger wenden wir uns an das Mitleid.

Wir wenden uns an Euer Pflichtgefühl. Euch selbst seid Ihr schuldig, Bebels Wahl durch ein neues, imponantes Botsam zu bestätigen. Ihr leidet allesammt unter den sozialen Mißständen — schlimmer und schlimmer wird Euer Lage. Auf Gnade von Oben, auf Hilfe vom heutigen Klassenstaat habt Ihr nicht zu rechnen. Euer Schicksal liegt in Eurer Hand. Nur die Arbeiterklasse, der Ihr angehört, kann die Arbeiterklasse retten. Der heutige Klassenstaat verdammt Euch zum Elend, zum langjamen Hungertod: Ihr müßt den heutigen Klassenstaat umgestalten zu dem auf Gerechtigkeit sich gründenden Volksstaat. In Euerem Wahlrecht habt Ihr eine Waffe gegen den heutigen Klassenstaat — gebraucht diese Waffe! Wollt Ihr, die Hände im Schooß, ruhig fortdauern, forthingern? Euch, Euer Frauen, Euer Kinder hoffnungslos dem Elend überliefern? Nimmermehr! Getragen von der Pflicht gegen Euch selbst, gegen Weib und Kind werdet Ihr Euer Waffe benutzen, um dem erprobten Vorkämpfer der Arbeitersache, der Sache des armen Mannes, der Sache der unterdrückten Menschheit die Arena wieder zu öffnen, in welcher er so gut für Euch kämpfen kann.

## An die Wahlurne!

Pflicht gegen die Arbeiterpartei! Außer Euren Abgeordneten hat die Arbeiterpartei keinen Vertreter im Reichstag. Wird Euren Abgeordneten der Mund verschlossen, so ist die Arbeiterpartei parlamentarisch mundtot gemacht. Unsere Feinde wollen das. An Euch ist es, die schöne Berechnung umzusetzen und der deutschen Arbeiterpartei ihren Vertreter im Rathe der herrschenden Klassen zu erhalten.

## An die Wahlurne!

An die Wahlurne Mann für Mann!  
Folgt dem Rufe der Pflicht, und laßt Euch durch keine List, keine Lüge der Gegner heirren! Hört nicht, wenn sie Euch sagen: „Bebel ist nicht wieder wählbar. Das Urtheil des leipziger Schöffengerichts hebt bis zu vollendeter Strafvollstreckung seine Wählbarkeit auf!“

Das ist eine Unwahrheit, wider besseres Wissen ausgesprengt! Ein unehrliches Wahlmandat, um einen Sieg zu erschleichen, der auf offenem, ehrlichem Weg nicht zu erlangen ist! Durch das Urtheil des Schöffengerichts und Bebel die bürgerlichen Ehrenrechte, — unter denen die Wählbarkeit, das heißt das Recht gewählt zu werden, sich befindet — nicht aberkannt worden; sondern nur die am Tage der Verurteilung innegehabten Ehrenämter. Bebel ist nach wie vor zu jedem Ehrenamte wählbar, und kein Ehrenamt, zu welchem er nach dem Tage der Verurteilung ernannt werden sollte, wird durch das Urtheil des leipziger Schöffengerichts irgendwie berührt. Ueber diesen Punkt waltet auch nicht der leiseste Zweifel ob. Der Paragraph 95 des Reichsstrafgesetzbuchs, auf Grund dessen die Verurteilung erfolgte, lautet:

„Wer den Kaiser, seinen Landesherren, oder während seines Aufenthaltes in einem Bundesstaat dessen Landesherren beleidigt, wird mit Gefängniß nicht unter zwei Monaten oder mit Festungshaft bis zu 5 Jahren bestraft. Neben der Gefängnißstrafe kann auf Verlust der besetzten öffentlichen Aemter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.“  
Wer mit diesem Wortlaut des §. 95 vor Augen, noch die

Stirne hat, zu behaupten, Bebel sei nicht wählbar, den nennt gestraft einen Lügner!

Laßt Euch nicht heirren durch das Gerede: „Wozu einen Mann wählen, der hinter Schloß und Riegel sitzt? Ihr habt einen Vertreter in Berlin nöthig, nicht in Hubertusburg.“ Die so reden, sind es gerade, deren Partei die Schuld trägt, daß Euer Vertreter jetzt in Hubertusburg sitzt. Stopft den scheinheiligen Gefallen den Mund. Ob Bebel durch Euer Botsam für die Dauer der nächsten Reichs-session frei wird oder nicht, ist praktisch und prinzipiell vollkommen gleichgültig. Auf Euer Pflicht ist es absofort ohne Einfluß, und an unmittelbare „Erfolge“ der Reichstags-thätigkeit ist überhaupt nicht zu denken. Verlangt der Reichstag die Freilassung Bebels. Gut, dann habt Ihr Euren Vertreter in Berlin. Verlangt der Reichstag die Freilassung Bebels nicht. Wiederrum gut! dann trifft Euch keine Schmach. Ihr habt Euer Pflicht gethan, und Bebel in Hubertusburg hat dem Reichstag der Reichen einen härteren moralischen Schlag versetzt, als Bebel in Berlin je vermocht hätte.

## Also an die Wahlurne!

Und laßt Euch nicht heirren durch die abgedroschenen Jeremiaden von „Reichsfeindlichkeit“, Zerstörung der Religion und Familie, Weiber- und Gütergemeinschaft und ähnlichen Unfluth, der, um und des Ausdrucks Kobespierres zu bedienen, „von Schurken erfunden wurde, um Narren zu nachführen.“ „Reichsfeindlichkeit!“ Wir sollen wol Freunde des Bismarck'schen Reichs der „kommenen Sittlichkeit“ sein? Was gibt uns, was Euch dieses „neue Vaterland?“ Was anders als die drei berühmten „Grundrechte“: Steuer zahlen, Soldat werden und Maul halten? Wer mehr Rechte will, kommt nach Hubertusburg oder Zwickau. Das „Reich“ ist das Reich der Reichen — die Reichen mögen ihm anhangen; wir verdienen ihnen nicht, das „Reich“ macht die Reichen reicher, die Armen aber macht es ärmer. Der Grünberschwundel und die Vorkensjobberei beweisen es.

Und wem haben wir, nächst unseren Regierungen, diese herrlichen Zustände zu verdanken? Unserer Bourgeoisie, den sogenannten „Liberalen“, die, nachdem sie Jahrzehnte lang von Freiheit und Volkrecht geredet, von dem Augenblick an, wo die Arbeiter ihr Menschenrecht — gleiches Recht für Alle — forderten, seige die früheren Grundsätze verleugnet haben, und nun seit Jahren vor den Inhabern der Gewalt — wie vor einem Bismarck und Genossen — auf dem Bauche kriechen, und nach Jedem von junckerlichem Sporenstiefel empfangenen Fußtritt demüthig und knechtlich ausrufen: „Herr, dein Wille geschehe! gelobet sei dein Name!“

Und es gibt Leute, die Euch zumuthen, einer solchen Partei Euer Vertrauen und Eure Stimme zu schenken! Die bloße Zumuthung ist eine Beleidigung Eures Charakters und Eures Verstandes. Eures Charakters: denn es ist eine Gesinnungslosigkeit, die man Euch zumuthet. Eures Verstandes: denn Ihr mühtet unzurechnungsfähig, mit Blindheit geschla, er sein, wolltet Ihr, Männer des unterdrückten, ausgebeuteten Volks, die Vertretung Eurer Interessen einem Freunde und Verteidiger der herrschenden Gewalten übertragen — anstatt einem Manne aus Eurer eigenen Mitte, aus Eurer eigenen Klasse — einem Sohn des Volks, der aus Erfahrung die Schmerzen des Volks kennt, dessen Herz für das Volk schlägt, und dessen ganzes Dichten und Trachten, seit er zu politischem Bewußtsein erwacht ist, der Befreiung des Volks gilt. Der Wolf in der Fabel frag das Lamme, unter falschen, wölfischen Beschuldigungen, aber er hatte nicht die Dreistigkeit, sich ihm als Vertreter der Lammesinteressen aufzudringen.

„Unser Kandidat, sagen Euch die Gegner, ist ein Ehrenmann, ein Beamter, der stets seine Schuldigkeit gethan und für das Beste seiner Mitbürger gewirkt hat.“ Wir bezweifeln nicht, daß er ein Ehrenmann ist, aber er ist der Kandidat der Gegner des arbeitenden Volks. Und deshalb kann er nicht der Eurer sein, denn Euerer Gegner als Klasse sind Euerer Unterdrücker, deren Joch Ihr abwerfen müßt, wollt Ihr nicht zu Grunde gehn. Und er ist Beamter. Neuer Grund ihn nicht zu wählen. Der Beamte hat seines Amtes zu warten. Im Bereich seines Amtes liegt der Kreis seiner Pflichten. In den Reichstag gehört er nicht, denn als Beamter ist er abhängig von der Regierung, und abhängige Leute in den Reichstag schicken, heißt die Volksvertretung zu einer Possen herabwürdigen. In den Reichstag gehört er nicht, denn der Reichstag hat die oberste Kontrolle auszuüben über die Beamten, und den Beamten die Kontrolle über die Beamten übertragen, das heißt im wahrsten Sinn des Wortes den Bod zum Gärtner sehen.

Ihr braucht einen unabhängigen Mann, der auf Niemandes Wink zu achten hat, der Niemand scheut, und furchtlos für Euerer Interessen einsteht. Kurz Ihr braucht einen Mann wie Euren bisherigen Abgeordneten Bebel!

Und wenn die Gegner Euch durch den Wauwan der Zerstörung von Religion, Gesellschaft und anderen schönen Dingen ins Bockshorn zu jagen suchen, dann antwortet ihnen schlank von der Leber weg: „Nicht wir, die Herren Bourgeois und ihre Helfershelfer sind die Zerstörer der Religion. Die sind's, welche die Religion zum Deckmantel der Barbarei und Unsittlichkeit benutzen, die im Namen der Religion das Unrecht predigen und den freien Menschengeist richten, die den Massenmord „heilig“ sprechen und auf das Haupt glücklicher „Sieger“ den Segen Gottes herniederlassen. Unsere Fahne ist das reine Menschenthum, und darum wollen wir allerdings von der jetzigen verrotteten Gesellschaft nichts wissen, die das Menschenthum mit Füßen tritt, und die Masse des Volks weniger auszuwählen zum Opfer bringt. Wir erstreben eine neue Gesellschaft, die weder Herren kennt noch Knechte, weder Ausbeuter noch Ausgebeutete, eine Gesellschaft, deren Fundament

die Gerechtigkeit ist, und in welcher die ewige Forderung der Gerechtigkeit zur Verwirklichung gelangt: Gleiches Recht für Alle. Gleiche Pflichten für Alle. Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte!

Und wir sollen das Eigentum zerstören! Umgekehrt, wir vertheidigen es gegen die „Theiler“, welche dem armen arbeitenden Volk in Gestalt von niedrigen Löhnen, von Lohnabhängigen, von Exploitation, Schwindel und Betrugerei jeder Art, sein Eigentum stehlen oder schon abfangen, ehe es in seine Tasche kommt. Jedem den Ertrag seiner Arbeit! Und fort mit einem Produktionsystem, das den fleißigen Arbeiter, den betriebssamen Handwerker, den im Schweiß seines Angesichts sich abqualenden kleinen Bauer zum Bettler macht; wer arbeitet, soll auch menschenwürdig leben können!

„Gütergemeinschaft Weibergemeinschaft!“ Nicht einführen wollen wir sie, Ihr Herren Bourgeois, — das habt Ihr gethan. Abschaffen wollen wir sie. Verhindern wollen wir, daß Ihr Euch mäset von dem Schweiß des Arbeiters; verhindern wollen wir, daß Ihr den Armen um den Ertrag seiner Arbeit preßt; verhindern wollen wir, daß Ihr in Staat und Gemeinde die Steuerlast auf den Armen abwälzt, für Euch selbst den Löwenantheil der Rechte und Genüsse in Anspruch nehmt; verhindern wollen wir, daß Ihr dem Arbeiter die Segnungen des Familienlebens raubt; verhindern wollen wir endlich, daß kraft der schändlichen Weibergemeinschaft, die jetzt besteht, die Tochter des armen Manns sich den Lüste des reichen Müßiggängers hingeben muß. Kurz, Ihr Herren Bourgeois, wir wollen den Augiasstall der Gesellschaft ansäugen und Eigentum, Familie und Menschentum, die heute mit Füßen getreten sind, gegen Euch zur Geltung bringen!

So antwortet den Segnern.  
Also fröhlich ans Werk! Jeder an seinen Posten! Ihr müßt nicht bloß siegen! Ihr müßt glänzend siegen, mit größerer Majorität siegen, als das letzte Mal! Ihr müßt den Gegnern eine Lehre geben, die ihnen für immer die Lust nimmt, uns den 17. Wahlbezirk zu bestreiten.

Und am 20. Januar trage ein Jeder zur Wahlurne seinen Zettel mit dem Namen:

## August Bebel,

Drechsler aus Leipzig, derzeit in Hubertusburg.

Bleibe Keiner zu Haus! Laßt Keinen zu Haus bleiben!  
An die Wahlurne! An die Wahlurne!  
Die Partei erwartet, daß Ihr Eure Schuldigkeit thut!

## Wie der heutige Staat die soziale Frage löst.

Die Bourgeoisie setzt alle Hebel an, die Ausbreitung des ihr verhassten Sozialismus zu bekämpfen. Sie thut es durch Schrift und Wort, wie durch die That. Wohl wissend, daß Redensarten allein nicht helfen, wenn die That nicht dahinter steht, sucht sie der Arbeitermasse kleine Vortheile zu gewähren, damit diese von ernsthaften Bestrebungen für Verbesserung ihrer Lage ablasse.

Beliebte Mittel zu diesem Zweck sind bekanntlich die Spar- und Konsumvereine. In den Einen soll der Arbeiter sein „Ersparthes“ sammeln, um in Fällen der Noth einen Behrpsennig zu besitzen, und der „humane“ Bourgeois hat oft sogar die Güte, diese Arbeitersparnisse in seinem eignen Geschäft anzulegen und mit einem halben Prozent höher als die Kommune-Sparkasse zu verzinsen. Er preßt dafür aber 20 und mehr Prozent durch Erweiterung seines Geschäftes aus dem Arbeiter heraus.

Im Konsumverein soll der Arbeiter seine Waare billiger beziehen, ihm ein Vortheil geboten werden, der den Bourgeois nichts kostet. Er hofft, der Arbeiter werde zufriedener, im Dienst des Arbeitsherrn williger und geneigter, das alte Joch zu ertragen. Das Gelüste nach Lohnerhöhung und nach Befreiung soll verhindert werden.

Große Vortheile hat die Bourgeoisie allerdings nicht aus ihren Kniffen gezogen. Die Arbeiter kommen immer mehr und mehr zur Erkenntniß ihrer Klassenlage. Der Einfluß der Bourgeoisie schwand beständig, nur noch wenige Jahre, und die Arbeiterklasse hat sich allerwärts von ihr emanzipirt.

Was der Bourgeoisie mißlang, scheint, mit der Hoffnung auf größeren Erfolg, der Staat verwirklichen zu wollen. Der Staat ist der größte Arbeitgeber. Aber wie die Bourgeoisie dem Grundsatz huldigt: Wer am wenigsten arbeitet, erhält das meiste, und wer am meisten arbeitet, erhält das wenigste, so huldigt ihm auch der Staat.

Die Klassenherrschaft der Bourgeoisie ist im heutigen Staate verkorrupt, nichts ist natürlicher, als daß er in jeder Beziehung nach ihren Grundsätzen handelt.

Der Staat bezahlt nicht nur viele tausende industrieller Arbeiter, er bezahlt auch viele tausende von Beamten in der Justiz, der Verwaltung, bei dem Post-, dem Eisenbahn-, dem Telegraphenwesen. Dieselbe Abstufung von Leistung und Gegenleistung wie in der bürgerlichen Welt sehen wir auch hier.

Die hochgestellten Beamten sind alle reich besoldet, bei geringer Arbeitszeit und mäßiger Verantwortlichkeit. Je tiefer wir auf der Beamtenstala hinabsteigen, desto mehr ändert sich in umgekehrter Folge das Verhältnis. Längere Arbeitszeit, größere Verantwortlichkeit, geringere Besoldung. Und betrachten wir endlich die untersten Stufen der Beamtenklasse, die sogenannten Subalternbeamten, die eigentlichen Arbeitsbiene, die, unter eiserner Disziplin stehend, die umfassendsten Leistungen zu erfüllen haben, dann finden wir nichts als — Proletariat. Proletariat im Staatskleid, die sich von den Proletariern in der Arbeitslosse nur dadurch unterscheiden, daß sie mehr auf den äußern Schein, die Repräsentation als kaiserliche, königliche oder beliebige fürstliche Beamte zu sehen haben, aber grade deshalb den knurrenden Magen oft noch weniger zu stillen vermögen als ihre Kollegen in der Blause.

Das schnelle Steigen aller Lebensbedürfnisse in den letzten Jahren hat auch unsere Beamtenproletarier stutzig gemacht. Sie waren zwar von jeher schon ans Darben und Entbehren gewöhnt, aber die glänzende Uniform und das Bewußtsein, ein „Diener des Staats“ zu sein, verdeckte manche Blöße; es ist ja ein erhebendes Gefühl, ans Patriotismus zu hungern. Aber alles hat seine Grenzen. Auch die Beamtengebild und das Hungern. Zeichen dafür fliegen vor. Die Thatfache, daß bei den Besoldungserhöhungen der letzten Jahre die höheren Beamten zuerst und zum meist erhielten, die niederen nur wenig oder nichts, hat den Loyalitätsgeist erheblich abgekühlt. Daneben wurden erhöhte Anforderungen an ihre Leistungsfähigkeit gestellt, besonders bei den an den Verkehrsmittelanstalten dienenden. Und hier sind es wieder die niederen Postbeamten, deren gerechte Beschwerden schon mehrermale in der Öffentlichkeit Ausdruck fanden. Wie aber hier der Staat seine Aufgabe ansieht, zeigt folgendes Beispiel, das eben so interessant als lehrreich ist.

Der Chef der Postverwaltung, Herr General-Postdirektor Stephan liebt es, sich den Ruhm eines Reformators des Postwesens zu erwerben. Gewiß ein sehr loblicher Vorsatz, wofür er den Dank der Bourgeoisie in besonderem Grade sich erwirbt, wenn auch die neuen Einrichtungen nicht seine Erfindungen sind, sondern dem Verlehrsleben anderer Staaten entstammen. Seine Neuerungen aber, so wohlthätig sie im Allgemeinen sein mögen, haben notorisch die Arbeitslast der untern Beamten ganz enorm vermehrt. Die Klagen darüber sind allgemein. Weder sind die Postunterbeamten im Verhältnis zu der gewachsenen Arbeit vermehrt worden, noch sind die Besoldungen den höheren Leistungen angemessen, wozu noch kommt, daß die über alles Maß vertheuerten Lebensbedürfnisse schon an und für sich erhebliche Besoldungserhöhungen nothwendig gemacht hätten.

Zwar sind Besoldungserhöhungen eingetreten, erhebliche aber nur für die höheren Beamtengrade, die niederen sind sehr kärglich bedacht worden.

Die mit am traurigsten gestellte Klasse sind die Stadt- und Landbriefträger. Sie haben einen Dienst, der so beschwerlich ist, wie kaum ein zweiter. Den ganzen Tag müssen sie der Witterung trotzen; Trepp auf, Trepp ab, bald in die Dachstube, bald in die Keller steigen; ihre Verantwortung ist eine ungeheure, das geringste Vergehen zieht schwere Strafe nach sich. Und der Lohn? — ein kümmerlicher Sold und die Schwindsucht, die unter ihnen die meisten Opfer fordert. Der Briefträger-Gehalt beträgt 15, 20, 25 Thlr. monatlich, in den seltensten Fällen mehr; und davon sollen Männer, die fast alle verheirathet sind, eine Familie ernähren und zwar anständig ernähren; so verlangt es das Amt.

Diesen Sommer beschwerten sich die Berliner Briefträger bei Herrn Stephan und baten um Besoldungserhöhung, aber wie ein geldstolzer Bourgeois behandelte Herr Stephan seine zahlreichste und angestrengteste Beamtenbranche. Und doch bezahlt Herr Stephan nicht das Geld aus seiner Tasche sondern aus der Tasche des Staats. Freilich die Post soll Ueberschüsse geben,\*) je höher um so lieber, damit der Vielstraß Militärbudget gesättigt werde. Der niedere Beamte muß schweigen und — darben.

In Berlin existirt eine Zeitung, die „Post“, welche sich der Interessen der Postbeamten mit Nachdruck annimmt. Aber so wenig der echte Bourgeois den „Volkstaat“ oder irgend ein anderes Arbeiterblatt in seiner Fabrik dulden mag, so wenig duldet Herr Stephan unter seinen Untergebenen das Abonnement auf die „Post.“\*\*)

Doch wir würden Herrn Stephan Unrecht thun, wollten wir behaupten, er sei „inhuman“. Bewahre. Zwar, gleich wie der Bourgeois sich sträubt, aus seiner Tasche die geforderte Lohn-erhöhung zu bewilligen, so sträubt sich Herr Stephan, aus der Tasche des Staats seinen niederen Beamten genügende Besoldungserhöhung zu gewähren. Aber er sorgt, wie der humane Bourgeois, daß sie „sparen“ können. Er hat allgemeine Spar- und Verschonvereine für seine Beamten eingerichtet, da können sie „Ersparthes“ aufheben, vorausgesetzt, daß sie etwas zu sparen haben. Herr Stephan ist noch weiter gegangen; er sorgt auch dafür, daß seine Beamten ihr „Ersparthes“ richtig anwenden, er empfiehlt ihnen, sich „Nähmaschinen“ anzuschaffen. Er hat zu diesem Zweck mit großen Fabrikanten Verträge abgeschlossen, wonach sie die Maschinen billig liefern; und 2600 Stück sollen bereits abgesetzt sein, wie die „Nordd. Allg. Zeit.“ bezuglich meldet.

Bahrschäftig, Herr Stephan ist ein praktischer Mann, ein wahres Bourgeoisgenie, ein kleiner Schulze. Sehen wir näher zu.

Die Postbeamten also, und natürlich in erster Linie die Unterbeamten, sollen sich nach dem Wunsche ihres vorzüglichen obersten Vorgesetzten mit Nähmaschinen versehen. Selbstverständlich nicht für den häuslichen Gebrauch, denn was ein kleiner Beamter für die Familie braucht, das nährt seine Frau oder seine Tochter. Die Absicht ist vielmehr, daß ihre Frauen für fremden Bedarf arbeiten.

Wir sind zwar überzeugt, daß z. B. die Frau General-Postdirektor sicherlich keine Zeit hat zu dergleichen Kleibeden, trotz ihres zahlreichen Dienstpersonals. Aber bei der Frau eines Briefträgers oder Postexpedienten ist das, auch wenn sie keine Hilfe in der Wirtschaft und zur Erziehung der Kinder hat, etwas anderes. Was liegt denn an der Wirtschaft und an der Kindererziehung, die Frau soll arbeiten und verdienen. Verdient sie aber monatlich ein paar Thaler, dann kommt das dem Manne zu Gute, was aber auf diese Weise gewonnen wird, braucht der Staat nicht zu geben. Ist das nicht prächtig? Bittwahr, Herr Stephan verdient für diese glückliche Einrichtung den rothen Adlerorden erster Klasse, versteht sich mit Brillanten.

Aber die Sache hat noch eine andere Seite. Wenn Tausende von Beamtenfrauen gezwungen sind, einen Teil des Lebensunterhaltes ihrer Familien durch Nähmaschinen zu erwerben, statt daß der Staat seine Pflicht erfüllt und ihre Männer ausreichend lohnt, machen sie anderen Tausenden von Nichtbeamtinnen und Mädchen Konkurrenz. Wie viel Witwen, wie viel Mädchen, ja leider wie viel verheirathete Frauen giebt es nicht, die auf diese Weise ihren Lebensunterhalt sich suchen müssen und ihre bürgerliche Erziehung in dieser Beschäftigung ausschließlich finden? Diesen Allen wird der Erwerb verkrümmert, die Existenz vielleicht unmöglich gemacht, und warum? Weil der Staat seine Beamten für ihre Leistungen schlecht bezahlt. Und das geschieht in einer Zeit, wo die Staatsbudgets große Ueberschüsse aufweisen, Milliarden in die Staatskassen fließen.

Der Proletariat in Staatsdienst, die niederen Beamten aller Branchen, mögen hieraus ersehen, daß ihre Stellung genau dieselbe ist, wie bei den bürgerlichen Proletariern. Für sie sorgt der Staat so wenig, wie die bürgerliche Gesellschaft für die Arbeiter sorgt; sie sind Beide die Ausgebeuteten, sie ziehen Beide an demselben Strang. Erlösung ihrer Leiden, Befreiung von dem auf ihnen lastenden Druck, eine volle menschenwürdige Existenz erlangen sie erst im — sozialistischen Volksstaat. Mögen dies unsere Parteigenossen den Proletariern im Staatsrock klar machen, wo die Gelegenheit sich dazu bietet.

## Politische Uebersicht.

Während wir von der einen Seite erfahren, daß im Intelligenzstaat Preußen Tausend Volksschullehrerstellen ganz unbefetzt, und 1700 zur Nothdurft mit Hilfslehrern und Aspiranten besetzt sind, erfahren wir von der anderen Seite, daß der Militärstaat Preußen eine Mehrforderung für den Militärretar braucht. Trotz des „so glücklich beendeten, ruhmvollen Kriegs“ mit Frankreich, der spätere Kriege überflüssig machen sollte, und trotz der Milliarden Kriegsschädigung, von denen das

\*) Die Ueberschüsse der Post für das Jahr 1862 belaufen sich auf weit über 4 Millionen Thaler.

\*\*) Allerdings hat Herr Stephan einen Ullad an die Postbeamten gegen das Einschenden von Eingaben gerichtet, der einem chinesischen Mandarinen Ehre machen würde.

Volk bis jetzt nichts zu begehren bekommen hat. Ja doch zu befehlen, das heißt zum ansehn, aber zu sonst nichts.

Opfer des Militarismus. Nach einem Aussag des Direktors in der Zeitschrift des königl. statistischen Bureaus in Berlin vom Jahre 1870 über die Sterblichkeitsverhältnisse in der preussischen Armee betruhen über 10 Prozent der Todesfälle in derselben Selbstmord. Also 1870 absorbirte der Selbstmord 10 Prozent aller Todesfälle in der preussischen Armee. Wir sind begierig, erfahren, um wie viel dieser Prozentsatz seit Einführung des heillosen Militärstrafgesetzes genigen ist. Aber Procente bei Procente her. Ist doch das Volk da, um Gut und Blut für fremde Interessen zu lassen. Was verschlagen da einige Procent von Selbstmördern des uniformirten Volkes.

Es bekräftigt sich, daß die preussische Regierung das Schwurgericht, soweit es besteht, abschaffen, und dafür das leichter handhabende Schöffengericht einführen will. Im Bundesgesetz steht sie noch auf einigen Widerstand, der aber, bei der Einbeziehung reaktionären Strebens, die unsere Regierungen verbindet, nicht lange vorhalten wird. Daß der sächsische Ministerpräsident, Oberstaatsanwalt Schwarze, ein Hauptverfechter des Schöffengerichts ist, mit unseren Lesern noch von seinem famosen Fiasko auf dem Frankfurter Juristentag her bekannt sein.

Nach den neuesten telegraphischen Nachrichten aus London haben sich die Herren Gruben- und Eisenwerksbesitzer auch den letzten desperaten Versuchungsdurch nicht rühren lassen. Wenigstens hatten sie am 2. d. M. das Schiedsgericht noch nicht angenommen, und, da am 1. schon der von ihnen angekündigt reduzierte Lohnsatz eintreten sollte, welcher den Streikgrund bildete, so muß man schließen, daß sie nicht nachgeben wollen. Und wo ihrem Standpunkt aus ist ihnen das auch nicht zu verdenken. Nach Bourgeoisbegriffen hat nur das Kapital Rechte; es laßt den Arbeiter wie jede andere Waare „zum billigsten Marktpreise“; es fällt es der Waare Arbeiter ein, zu sagen: „Ich bin Mensch, habe menschliche Bedürfnisse, und kann diese Bedürfnisse bei dem Pre (Lohn), den Du zahlst, nicht befriedigen!“ so laßt ihn das Kapital einfach aus und ruft ihm zu: „Du sonderbarer Schwärmer, was bildest Du Dir ein? Als „Mensch“ gehst Du mich nichts an. Daß Du Mensch bist, ist Dir und mir nur von Nacheil. Hältst Du dein Hirn, das denkt, kein Herz, das fühlt, keinen Magen, der bellt, wenn er leer ist, es wäre besser für Dich und für mich mit Deinem Hirn, Deinem Herzen und Deinem Kopf habe absolut nichts zu thun, sondern bloß mit Deiner Arbeitskraft Deinen „Händen“, die ich leider noch nicht durch Eisen, Stah oder Gutta Percha vollständig habe ersetzen können, und Deinen „Händen“ sind eine Waare, welche gleich jeder anderen Waare gemäß der „ewigen“ Regel von Nachfrage und Angebot gekauft und verkauft wird. Die Nachfrage ist momentan schwach; es liegt massenhafte Kohlenvorräthe da, und die Preise der Kohlen verhalten eine häßliche „Neigung“ zum Sinken, wenn nicht „aufgeräumt“ wird; ich habe also kein Interesse, die Vorräthe zu vermehren, es sei denn, daß es entsprechend „billig“ geschieht. Aber bist vermöge Deiner, für Dich entschieden sehr fatalen Eigenschaft, einen Magen zu besitzen, genöthigt, um jeden „Preis“ zu arbeiten, sobald Dein Magen zu bellen beginnt. Ich warte also in aller Gemüthsruhe, bis Du vernünftig wirst, das heißt, bis Dein Magen zu bellen und Dich tüchtig zu kniepen beginnt, und streiche inzwischen den Profit ein, den mir Deine Halsstarrigkeit Gestalt von erhöhten Kohlenpreisen einbringt!“ — Gegen die Logik des Kapitals ist nicht anzukämpfen, zumal die Arbeiter durch ihr Eingehen auf die Mundella'schen Einigungsvorschläge, nachdem ein Schiedsgericht bereits von den Arbeitgebern höhnend zurückgewiesen worden war, deutlich genug ihre Schwäche bekunden hatten. — Durch Schwäche und Nachgiebigkeit entwaflnet man nicht den Gegner im unerbittlichen Klassenkampf.

Ein antisozialistischer Musterpaffe. Von befreundeter Seite geht uns eine Nummer des „New Yorker Demokrat“ zu, welcher wir folgende Correspondenz finden:  
„Cincinnati, Ohio. Neulich wurde der 40. Jahrestag des Bestehens des römisch-katholischen Collegs zu St. Franz Xaver gefeiert, wobei neun junge Leute promovirten. Erzbischof Purcell, der die Diplome antheilte, nahm Gelegenheit, dabei gegen die „Strikes“ und die Achtstundebewegung auszusprechen. Er sagte, die demoralisirenden und destruktiven Einflüsse der Internationalen sollten als verdammt betrachtet werden und würden dies auch unter einem liberalen Erziehungssystem. Er stimme mit dem überein, was vor Kurzem ein Schersteller geäußert habe, daß nämlich die Gewerksvereine den Arbeitern und jedem Einzelnen, der dabei Interessen auf dem Spiel stehen hat, zum Schaden gereichen. In Betreff der „Achtstundebewegung“ sagte der Erzbischof: Wenn man acht Stunden Arbeit gewähre, so würden vielleicht schon morgen sechs oder vier Stunden verlangt, denn wo finde sich eine Grenze für solche Arroganz in solches Behauptungen, gegen welches kein Widerspruch geduldet werde? Wenn die Arbeiter von den Arbeitgebern heute fünf Dollars verlangten, so könnten sie ebenso gut morgen zehn Dollars verlangen. Keine Regierung könne unter einem solchen System existiren. Das nächste Mal werde man vielleicht das Geschrei erheben, Eigentum sei Diebstahl und es müsse eine allgemeine Vertheilung von Besitzes stattfinden. Mit demselben Rechte könnte jeden Samstag Abend jeder Müßiggänger und Trunkenbold eine neue Theilung verlangen, bis schließlich nichts mehr zu theilen übrig bleibe. D. Heilmittel gegen diese Uebel sei in einer freisinnigen Erziehung zu suchen.“

Wenn dieser „Gelehrte“ wenigstens die einschlägigen Bücher seines deutschen Kollegen, des Mainzer Herrn v. Ketteler, durchle-

## Gewerksgenossenschaftliches.

### Allgemeiner deutscher Sattlerverein.

München. Sattler-Verberge und umentgeltliche Arbeitsvermittlung für München befindet sich vom 11. Dezember 1873 an „Kleiner Kellergarten, Blumenstraße Nr. 15, nächst der Schrannehalle.“ Zugleich wird vor einem Individuum Namens Stech aus Holzkirchen (Bayern) gewarnt, der, eingetreten in den „Allgemeinen Sattlerverein“ zu Offenbach, aber durch Unterlassen der Beitragsleistung der Mitgliedschaftsrechte verlustig ist, mittelst Fälschung des Mitgliedsbuches Reisenunterstützung herauszuschwindeln bemüht ist. Proebstl, Vertrauensmann.

## Correspondenzen.

Hamburg, 7. Januar. Die Bührung, welche gegenwärtig in deutsche Sozialdemokratie bewegt und deren Zweck Einigung und Verschmelzung der verschiedenen sozialdemokratischen Fraktionen zeigt sich auch in unserer Stadt. Wir begrüßen dies als ein freundliches Zeichen, ist doch die Einigkeit ein hohes Unerreichtes, das das Wachsen der Partei. Ueberall, wohin man hier hört, vernimmt man jetzt die Versprechung der Einigungsbefreiungen, die für und Wider wird erwogen und ist selbst in Volkswissenschaften

lungen Gegenstand lebhafter Erörterungen. So wurde gestern Abend in Pütz's Salon heftig debattiert und zum ersten Mal seit langer Zeit die Berliner Führerschaft, trotzdem Herr Hasselmann aus Berlin persönlich für dieselbe eingetreten war und sich nach bekannter Manier hinter das Schlagwort „Organisation“ zu verstecken suchte, öffentlich mit ihrem wahren Namen genannt. Heute Abend finden Volksersammlungen in Wandseebad und Harburg statt und steht auch dort eine gedeihliche Wirksamkeit für die Einigung zu erwarten. Die Arbeiter fangen zu rechnen an; dabei finden sie denn von selbst das Deficit, welches durch die Herren Hasselmann-Hafenclower-Töde der Arbeiterbewegung zugefügt worden. Die wichtige Stellung, welche Hamburg von jeher in der deutschen Arbeiterbewegung eingenommen hat, dasselbe Hamburg, welches lange Zeit der alleinige Geldner für die Agitation gewesen, dürfte für alle Mitgliedschaften des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Ursache sein, auch ihrerseits zu erwägen, ob ein Congreß aller deutschen Sozialdemokraten nicht das beste Mittel wäre, um über die Köpfe der Berliner Führer hinweg das Haus der Einigung zu begründen und den Rest von den Bestrebungen der Arbeiter abzustreifen, der deren eisernen graden Charakter zu zerbrechen droht. Die Lamine ist im Rollen, hoffen wir, daß sie den rechten Weg einschlägt.

**Leipzig, 4. Januar.** In Nr. 100 des „Volkstaat“ veröffentlichten wir, um den Parteigenossen zu zeigen, wie Meinungsdivergenzen in unserem Lager von den Gegnern aufgefaßt werden, einen aus Berlin datierten Artikel der amtlichen „Darmstädter Zeitung“. Mit dem ihm eigenen Denkvermögen hat Herr Töde jetzt im „Neuen Sozialdemokrat“ den Schluß gezogen, durch Veröffentlichung jenes Artikels hätten wir dessen Inhalt für richtig erklärt und der großherzoglich hessische Ministerpräsident sei unser Bundesgenosse. Nein — gegen eine solche Logik ist nicht anzukämpfen. Was aber die betreffenden Meinungsdivergenzen in unserem Lager angeht, so braucht Herr Töde sich keine Sorgen zu machen. Sie hatten ausschließlich ihren Grund in einer Verschiedenheit des Urtheils über den Charakter des Herrn Töde und seiner Kollegen vom „Neuen Sozialdemokrat“. Dank den durch unsere Vernehmungsvorschläge hervorgerufenen Expectorationen des „schreibenden Elements“ Töde und sonstiger „schreibende Elemente“ des „Neuen Sozialdemokrat“, hat diese Verschiedenheit aufgehört, und herrscht gegenwärtig die vollständige Einigkeit. Das darf Herr Töde uns glauben. Also:

Lieb Tödelchen,  
Magst ruhig sein,  
Behüte dein  
Dein Knäpplein!  
Und nimm brav ein  
Den Fäustlein,  
S' wird nötig sein,  
Lieb Tödelchen!

A propos! Herr Töde wird auch humoristisch. In seinem Schimpfartikel sagt er: den „Führern“ unserer Partei stehe zum Eintritt in den Allgemeinen Arbeiterverein der § 3 der „Vassalle'schen“ Organisation entgegen, welcher „Nichtarbeiter“ ausschließt. Ei! ei! wer will denn in den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein eintreten? Und gesetzt den Fall, es solle geschehen, ist denn die Vassalle'sche Organisation ein noll me tungers? (rühr mich nicht an?) Hat sie der Allgemeine deutsche Arbeiterverein nicht schon zehnmal geändert, warum nicht auch zum elften Mal? Und ist denn Herr Töde „Arbeiter“? Gewiß nicht. Er gehört zu dem „schreibenden Element“ oder gar zu den — Bummlern; ganz klar sind wir uns darüber nicht. Gesezt den Fall aber, Herr Töde wäre „Arbeiter“, was nicht ist, was ist das für eine Organisation, die christliche „Nichtarbeiter“, wie die „Führer“ unserer Partei — wir wissen nicht, wen Herr Töde unter den „Führern“ meint — ausschließt, während ausgesprochene Lumpen, wie eben Herr Töde, darin Platz finden und sogar Führerrolle spielen können? Daß Herr Töde ein Lump ist, wird er am allerwenigsten leugnen, denn ihm hat seit langen Jahren schon ein preußisches Gericht wegen gemeiner Verbrechen die politischen Ehrenrechte aberkannt und noch vor wenig Jahren hat er, wie erst kürzlich veröffentlicht wurde, armen Arbeitern ihr saner verdientes Geld abgezogen, verjubelt und nicht zurückbezahlt. Das ist Herr Töde, der „Arbeiter“, der „Führer“ der Arbeiter; und dieser Mensch mag Männer, die mit ihrer Person für die von ihnen vertretene Sache zehnmal eingetreten sind, zu beschimpfen. Wir wollen auf das Töde'sche Geschreibsel nicht weiter eingehen, aus Achtung vor der Partei, der wir angehören und aus Ekel vor dem Schmutz, der uns dabei entgegenstarrt.

**Sainichen, 29. Dezember.** Ende der 60er Jahre führte die hiesige Stadtvertretung das Klassenwesen in der Schule ein, und wurden drei Abtheilungen A, B und C errichtet. Abtheilung A umfaßt die Sprößlinge der Bourgeoisie, welche jetzt von 124 Schülern besucht wird, wovon die 1. Klasse 1 Schüler 12 Thaler und die 2. Klasse 1 Schüler 10 Thaler jährlich Schulgeld zahlt; die Klasse B bringt also höchstens 1364 Thlr. ein. Derselbe hat 4 Lehrer mit einem Gehalt von 1670 Thlr., Mietzinsäquivalent für die Lehrer 230 Thlr., Miethe für die Lehrzimmer A 80—90 Thlr., Heizungszulage A 17 Thlr. — Einnahme: höchstens 1364 Thlr. Ausgabe: 1670 Thlr. Gehalt für Lehrer, 230 Thlr. Mietzinsäquivalent, 340 Thlr. Miethe für Lehrzimmer, 68 Thlr. Heizungszulage, 60 Thlr. Gehalt für 1 Zeichenlehrer, 100 Thlr. Gehalt für 1 Lehrerin in weiblichen Arbeiten. Summa 2468 Thlr. Ausgabe. Einnahme 1364 Thlr. Defizit 1104 Thlr. Hat sonach die Stadtgemeinde auf jedes Kind der Klasse A jährlich 8 1/2 Thlr. zu decken. Hier sind auch noch einige Kinder von den umliegenden Ortschaften der Großgrundbesitzer mit inbegriffen.

Abtheilung B umfaßt die Kinder vom Mittelstand, mit einer Schülerzahl von 941 und 10 Lehrern mit einem Gehalt von 3000 Thlr.

Abtheilung C ist die Armenschule mit einer Schülerzahl von 475 und zahlen diese durchgehends jährlich 1 Thlr. Schulgeld, dieselbe hat 4 Lehrer mit einem Gehalt von 1056 Thlr., Mietzinsäquivalent 160 Thlr., 68 Thlr. Heizungszulage für Lehrzimmer, 340 Thlr. Miethe für Lehrzimmer. — Ausgabe 1624 Thlr. Einnahme 400 Thlr. Defizit 1224 Thlr. Davon haben wir 75 Thlr. abgerechnet für Kinder, deren Eltern nicht im Stande sind, Schulgeld zu bezahlen. Hat sonach die Stadtgemeinde 2 Thlr. 17/8 Gr. für jedes Kind zu decken.

**Witau.** Jedes Kind der Klasse A genießt sonach für 8 1/2 Thlr. Bildung jährlich aus dem Säckel der Kommune, wohingegen das Kind der Armen nur für 2 Thlr. 17/8 Gr. Bildung aus dem Stadtsäckel genießen kann. Früher gab es bloß Bürgerschule und Armenschule, jetzt gibt es aber sonach noch eine Almosenhülle für die Reichen.

Diese vorherzusehende Ungerechtigkeit gab schon vor Einführung dieses Klassensystems Anlaß zur Opposition im Arbeitervereine gegen die hiesige Stadtvertretung und man petitionirte seiner Zeit bis zum Ministerium und brachte es dahin, daß der Kirchenrath Dr. Hoffmann hierher beordert wurde, die Schulfrage zu unter-

suchen; derselbe befürwortete, daß, wenn die Abtheilung A die Kosten nicht selbst decke, so solle sie wieder eingeheben, und war man damit auch allseitig einverstanden. Veranlaßt durch die Schulfrage gründete sich ein Bürgerverein, um die städtischen Angelegenheiten zu besprechen; seine Kandidaten sind seitdem stets zum Siege gelangt und ging der Arbeiterverein mit dem Bürgerverein in der Schulfrage Hand in Hand, welche aber später dem Bürgerverein ganz überlassen wurde. Es war erwiesen, daß Abtheilung A die Kosten nicht selbst deckte, trotzdem ließ es der Bürgerverein zu, daß Abtheilung A noch 3 Jahre provisorisch bestehen sollte. Da die Abtheilungen B und C mit Schülern zu sehr überfüllt waren und für sie mehr Lehrkräfte angestellt werden sollten, während in Abtheilung A die geschickte Zahl nicht vorhanden ist, so berief sich ein Mitglied der Schuldeputation vom Stadtverordnetenkollegium in einer Sitzung auf das vom Kirchenrath Dr. Hoffmann abgefaßte Protokoll.

Hierauf erfolgte eine gemeinschaftliche Sitzung des Stadtrathes und des Stadtverordnetenkollegiums, in welcher sich die Majorität des Kollegiums für Wegfall der Abtheilung A zu Ostern 1873 erklärte, wogegen der Stadtrath beantragte, an dem Bestehenden nicht eher zu rütteln, bis das neue Schulgesetz in Kraft getreten sei. Gleichzeitig beantragte der Stadtrath, das Schulgeld in Abtheilung A für die Mädchen von 25 Sgr. auf 15 Sgr. herabzusetzen. Welcher Widerspruch! auf der einen Seite an dem Bestehenden nicht rütteln, auf der andern Seite die Bildungskosten von den Schultern der Reichen zu wälzen. Da der Stadtrath sich mit den Stadtverordneten nicht einigte, so erklärte unser Bürgermeister, daß er sein Amt zu Ostern 1873 niederlege, welchem Beispiele sämmtliche Rathsherren folgten, trotzdem sie auf 6 Jahre gewählt sind. Wenn sämmtliche Behörden Deutschlands demselben Beispiele folgten, so würde sich die soziale Revolution auf friedlichen Wege vollziehen.

Nachträglich müssen wir bemerken, daß das als sozialdemokratisch verschrieene Stadtverordnetenkollegium bloß 2, schreibe Zwei Sozialdemokraten in seiner Mitte birgt. Die meisten Stadtverordneten wollen zwar keinen Ständeunterschied in der Schule, scheuen sich aber vor dem Worte Sozialdemokratie, worin sie noch Gespenster sehen. Gleichwohl vertheidigen sie mit Energie unsere ins Leben gerufene Opposition in der Schulfrage, weil es über ihren Säckel mit geht.

Zur Beweiskführung sei erwähnt, daß ein Stadtverordneter den Vorwurf unseres Bürgermeisters Dr. Fischer, er sei Sozialdemokrat, nicht leiden will und soll er die Absicht gehabt haben, Dr. Fischer einen Prozeß zu machen.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
Karl Lange, Vorst. Friedr. Fleischer, Vertrauensmann.

**Burgstädt.** (Unlieb verspätet.) Am 15. Dezember hatten wir Gelegenheit, einen Vortrag über die Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassoziation zu hören. Nachdem Parteigenosse Bahnert aus Chemnitz die sozialen Zustände und deren Entstehung im heutigen Staate bloßgelegt, Zweck und Nutzen der Internationalen Genossenschaftlichen erklärte, und zum Beitritt in dieselben aufgefordert hatte, ergriff Herr Bahlreich aus Chemnitz das Wort. Derselbe geißelte in scharfen Worten die politischen und sozialen Verhältnisse aller Kulturstaaten, und wies darauf hin, wie überall der Militarismus und die Kapitalmacht die Ausbeutung betreiben. Dem gegenüber gibt es nur das eine Mittel: „Organisation der unterdrückten Klassen.“ Sobald das Volk, oder besser gesagt die Völker, die Erkenntniß erlangt hätten, daß ihrer organisierten Macht auf die Dauer keine Macht der Erde widerstehen könne, dann erst würden wir einer bessern Zukunft entgegen sehen können. Daß diese Mahnung in jenem so gediegenen Vortrag auch Wiederhall in der hiesigen Bevölkerung finden möchte, das walte — nicht Gott — sondern der feste Wille der hiesigen Arbeiter; denn wahrlich, es ist hohe Zeit, daß sich die versprengten und laß gewordenen Parteigenossen hierorts wieder aufraffen und das Banner der Sozialdemokratie von Neuem entfalten.

Der zweite Punkt der Tagesordnung war „Die sächsischen Gemeindevahlen mit ihrem Census.“ Ueber dieses Thema sprachen außer Bahlreich und Bahnert noch die Parteigenossen Schuhmann und Horn aus Limbach. Nachdem Bahlreich die verschiedenen Wahlmotive einer scharfen Kritik unterzogen hatte, wurde von sämmtlichen Rednern die Nothwendigkeit anerkannt, daß, wo dem Arbeiter ein Wahlrecht auszubilden zusehe, er dasselbe benutzen müsse, ganz besonders aber bei den Reichstagswahlen.

**Berlin.** (An die internationale Metallarbeiterschaft.) Der „Volkstaat“ Nr. 1 enthält eine Mahnung, daß alle Gewerkschaften im neuen Jahre mit Ausbietung aller ihrer Kräfte auftreten sollen, um die Grundsätze unserer Partei weiter und immer weiter zu verbreiten. Und wahrlich, dieses Wort wäre hauptsächlich in Berlin zu befolgen. Was hat die Metallarbeitergewerkschaft hier wol im verflochtenen Jahre gethan? Wie viel Metallarbeiter wissen, daß eine internationale Metallarbeiterschaft in Berlin existirt? Warum haben sich die Mitglieder nicht getraut, an die Öffentlichkeit zu treten, warum haben sie nicht mit allen ihren Kräften dafür gestrebt, derselben neue, zahlreiche Mitglieder zuzuführen? Ich glaube, gerade in Berlin wäre ein Feld zu bebauen, welches sich der Mühe lohnen würde. Jedoch steht in den Metallarbeitern und hauptsächlich in den großen Fabriken und selbst in den Mitgliedern unserer Partei eine solche große Menschenfurcht, daß sie sich nicht getrauen, ihrem Nebenarbeiter zu gestehen, daß sie der internationalen Gewerkschaft angehören. Und wie sieht es mit dem Parteiorgan? Welches Mitglied hat den Muth, sein Parteiorgan sich in die Werkstätte bringen zu lassen, wie die Zeit- und Klaffblätter? Ueberall hört man, ich lese es zu Hause, anstatt es seinen Mitarbeitern zur Kenntniß zu bringen und zu empfehlen. Da wahrlich, es ist an der Zeit, energisch vorzugehen, den alten Schlandrian an den Nagel zu hängen, und mit allen Kräften für unsere Partei zu werben, nicht die Öffentlichkeit zu scheuen, da wir wahrlich nicht brauchen im Dunkeln herum zu tasten. Wenn die Metallarbeiterschaft dieses Wort beherzigt, dann wird es an Mitgliedern nicht fehlen, dann kommt Klarheit auch in Berlin unter die Metallarbeiter, dann wird das neue Jahr einen weiten Schritt zu unserem Ziele gethan haben. Also an, ermannet Euch.

Mit Gruß und Handschlag R. Bernbard.

**Goltha, 3. Januar.** Am 28. Dezember hielten wir hier eine gutbesuchte Volkerversammlung ab, mit der Tagesordnung: „Die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften.“ Als Referent war Herr Wotteller aus Grimmitzham amwesend. Der Vortrag desselben wurde mit großem Beifall aufgenommen und fanden am Schluß der Versammlung mehrere Einzelnungen in die hier bestehenden Gewerkschaften statt.

**Weimar.** Die Auslassungen Jord's in Nr. 1 des „Volkstaat“ bestimmen mich, gerade weil nicht zum Thüringer Agitationscomité gehörend, verschiedenen irrigen Auffassungen in Bezug auf Personen und Thatfachen entgegenzutreten. Zu Pfingsten 1871 beschlossen die Thüringer Parteigenossen, zur Herbeiführung einer einheitlichen Agitation in Thüringen, die Einsetzung eines

Agitationscomité's, das, trotzdem dem Ausschuss von dem Unterzeichneten selbst dessen Bildung und Zweck mitgetheilt worden, bis vor Kurzem ohne alle Unterstützung nach irgend einer Seite hin, und somit lediglich auf eigene Mittel und Kräfte angewiesen blieb. Unter solchen Umständen war es nicht möglich, daß nach allen Seiten hin eine erfolgreiche agitatorische Thätigkeit entfaltet werden konnte. Fortwährendes Verlangen nach Agitatoren vom Neustädter Kreise aus, veranlaßte das damalige Agitationscomité, diesem Verlangen nachzugeben, besonders da dort der Boden für die Arbeiterfrage günstig war. Daß bei den geringen Mitteln, die uns zu Gebote standen, andere Gegenden Thüringens vernachlässigt werden mußten, ist selbstverständlich, natürlich ist es deshalb auch, daß bei der letzten Reichstags-Ergebniswahl im Neustädter Kreise ein günstigeres Resultat erreicht wurde, als in den übrigen Bezirken. Nicht gerade schön ist es daher, wenn der (punktierte) Vertrauensmann Kösel in Münchenbernsdorf in Nr. 101 des „Volkstaat“ pharisaisch an seine Brust schlägt und sich etwas darauf zu Gute thut, daß die Wahl im Neustädter Kreise besser ausgefallen, als in den übrigen Kreisen. Er sollte bedenken, daß wir gerade des Neustädter Kreises wegen die Agitation hierorts vernachlässigen mußten, und daß auch jetzt wieder lediglich von hier aus für Agitation im dortigen Kreise geforgt werden ist!

Kommt nun die Reichstagswahl selbst: In den letzten Tagen des Oktober wurde seitens der Münchenbernsdorfer Parteigenossen an mich die Anfrage gerichtet, ob ich als Kandidat für den Reichstag im 3. Weimarer Wahlkreise auftreten wolle. Da meine Verhältnisse mir dies augenblicklich nicht gestatteten, lehnte ich ab, schlug aber an Antritt der hiesigen Parteigenossen, namentlich Ufer's, Liebknecht als Kandidaten vor. Dies ward von den Parteigenossen im Neustädter Kreise angenommen und wir begannen, obgleich uns höchstens noch 12—14 Tage bis zur Wahl blieben, die Agitation. Hierauf erläßt nun in Nr. 90 des „Volkstaat“ der Vorsitzende des Agitationscomité's, C. A. Reichelt in Apolda, einen Ausruf, dem allerdings jede Zeitangabe fehlt, so daß der Ausschuss nicht wissen konnte, wann und wie eine Unterstützung der Wahlagitation nötig sei; den Wahltermin selbst hat der Ausschuss wol gar erst nach der Wahl erfahren! Gleichzeitig hatten die hiesigen Parteigenossen, ohne Wissen des Unterzeichneten dem Agitationscomité den Vorschlag gemacht, während der Dauer der Wahlagitation (bis 17. Nov.) die Leitung derselben übernehmend zu wollen, da der Vorsitzende Reichelt auf alle Fälle selbst zur Agitation verwendet werden mußte. Die Apoldaer Parteigenossen — die übrigens gar nicht kompetent darin waren, in der Sache überhaupt aber nichts thaten — lehnten im falschem Ehrgefühl den Vorschlag ab, und so kam es denn, daß während der Abwesenheit Reichelt's, der als Agitator vollständig seine Schuldigkeit mit größter Anpöpfung gethan hat, am Tage des Wahlcomité's in Apolda kein Mensch vorhanden war, der die Leitung der Agitation übernahm. Da übernahmen im letzten Augenblicke wir in Weimar, wenn auch nicht formell, doch thatsächlich diese Leitung, ließen Wahlaufreufe und Stimmgellet druden und verbreiten, und dirigirten die einzelnen Agitationen mit Beziehung Reichelt's, der durch Weimar reiste. Auch für den Neustädter Kreis dirigirten wir die Agitation durch Fink. Und außer diesem war Reichelt der einzige Agitator, denn Ufer, auf dessen Anstiften die Kandidatur Liebknecht's aufgestellt worden, ließ sich, trotzdem er genau den Wahltermin und den Mangel an agitatorischen Kräften kannte, erst am Tage vor der Wahl wieder sehen, gab auch während der ganzen Zeit keine Nachricht über seinen Aufenthaltsort — wie sich herausstellte, Sommerda und Umgegend, wo er mit Kospionage beschäftigt war. Wenn ein Truppenführer im Kriege nicht sofort nach der Nichtung des Kanonendonners hinarusht, den er hört, soll nicht ausdrücklicher Befehl in an die Stelle setzen! so verhält er, und mit Recht der Kugel. Herr Ufer wußte nicht bloß das, sondern auch wo und wann der Wahlkampf stattfand — und dennoch blieb er ruhig bei Sommerda, trotzdem sein Arbeitgeber, Parteigenosse Kretzel, ihn mit Sehnsucht zur Agitation erwartete und für Stellvertretung sofort unentgeltlich geforgt haben würde!

Wenn ich auch nicht zu läugnen vermag, daß durch Reichelt und die Apoldaer Parteigenossen die einheitliche und klare Leitung der Agitation verloren ging, so ist es doch unredlich, wenn man Reichelt geradezu für alle Mißerfolge verantwortlich machen will. Ich wiederhole es: Reichelt ist als Agitator in aufopferndster Weise thätig gewesen!

Mit den letzten Ausführungen Jord's stimme ich vollständig überein: „Mit der Agitation nur um zu agitieren, wird gar nichts erreicht!“ Leider nur zu wahr! Unsere Thüringer Agitatoren sämmtlich und, soweit ich sie kennen gelernt habe, der größte Theil der Agitatoren der Partei überhaupt, hören sich selbst zu gern reden und glauben durch die „Wraus“, die sie ernten, das Vaterland gerettet zu haben. An die Organisation denken sie nie, wie uns jetzt wieder ein sächsischer Parteigenosse, den wir lediglich zu dem Zwecke der Organisation hingesandt, in Blankenhain gezeigt hat. Traurig, daß das unbedeutende kleine Ich sich immer in den Vordergrund drängt, und daß das Beifallsgeschrei über oft unverständene und unverständliche Kraftphrasen die praktische Ausbreitung der Partei hindert. So lange wir aber an Agitatoren krank sind, die bloß agitieren, nicht organisieren wollen, so lange können wir auf nachhaltige Erfolge nicht rechnen. A. Müller.

**Warburg, 5. Januar.** (Arbeitertag für Hessen-Rassau.) Am 28. und 29. Dezember v. J. wurde hier der Arbeitertag für Hessen-Rassau abgehalten. Vertreten waren: Wiesbaden durch Parteigenosse Frdr. Pracht aus Herborn; Hersfeld durch Parteigenosse G. Wosniak aus Warburg; Herborn durch Parteigenosse A. Heinz aus Herborn; Gießen durch Parteigenosse Orbig aus Gießen; Warburg durch Parteigenosse P. H. Schneider aus Warburg. Von Kassel, welches sich ebenfalls angemeldet hatte, lief am 29. Nachmittags das Mandat telegraphisch ein, da der gewählte Delegirte plötzlich erkrankt war. Außerdem war noch Parteigenosse Scheil auf der Durchreise am Arbeitertag anwesend.

Bei der Wahl des Bureaus fielen die Stimmen auf P. H. Schneider (Warburg) als erster, A. Heinz (Herborn) als zweiter Vorsitzender, sowie C. John (Warburg) als Schriftführer. Durch die in der Vorversammlung stattgehabte Aufstellung der Geschäftsordnung wurde die Tagesordnung folgendermaßen aufgestellt: 1) Die Lage des industriellen Arbeiterstandes, 2) die Lage des ländlichen Arbeiterstandes, 3) die Lage des kleinen Beamtenstandes. 4) Welche gesetzlichen Mittel und Wege sind einzuschlagen, um die Vervollständigung genannter Klassen herbeizuführen. 5) Gründung eines Landesagitations-Comité's. 6) Besprechung über die Vereinigung der verschiedenen Fraktionen der Sozialdemokratie. Zu Punkt 2 war ein Antrag von zwei Ortschaften des Umgegend eingegangen: „Besprechung über den heutigen Pantwegebau.“ In der am Sonntag stattgehabten Hauptversammlung wurde zu ad 1. 2. 3. und 4. beschlossen, „eine rege Agitation in Gießen zu legen, welche sich hauptsächlich auf das politische Gebiet zu beschränken habe, da nur durch politische Agitation Aufklärung zu gewinnen sei.“

Bei dem eingegangenen Antrag zu ad 2 betr. des Landwegehauens, wurden durch die Debatte mehrere Mängel der heutigen Gemeindeordnungen ans Licht gezogen und beschloffen, Birkulare in den Gemeinden umgehen zu lassen, in welchen auf jene Schäden und Mängel aufmerksam zu machen sei und solche alsdann mit Massenunterschriften von Landleuten als Petition dem Landtage einzubringen. Zu dem zu diesem Zwecke ernannten Comité haben sich bereits einige Landleute zum Beitritt erklärt.

Zu ad 5, welcher in einer geschlossenen Sitzung besprochen wurde, wurde beschloffen: „Ein Agitationscomité für Hessen-Nassau zu gründen.“ Marburg wurde als Vorort und P. H. Schneider als leitender Geschäftsführer infragegestellt. Zur Vereinigung der verschiedenen sozial-demokratischen Fraktionen wurde von allen Seiten warm befürwortet, Alles in Bewegung zu setzen, um die Vereinigung herbeizuführen.

Sonntag Nachmittag fand Volksversammlung im Rathhause statt, die sehr gut besucht war. Unser Reichstagskandidat Herr Dr. Grimm, welcher zur Berichterstattung seiner Thätigkeit im Reichstage zu dieser Versammlung eingeladen war, hatte vorgelesen, nicht zu erscheinen. Scheil durchlas über ad 1. 3 und 4 in kräftiger Rede; erläuterte, wie durch das Sinken des ländlichen Arbeiterstandes dem städtischen Proletariat immer mehr Konkurrenz gemacht werde; erwähnte die Frauen- und Kinderarbeit sowie die Arbeitslosigkeit; wie durch den modernen Ateismus und Grundbesitztheilung eine ungeheure Verdrückung auf dem Arbeiter laie. Die moderne gesellschaftliche Ordnung gipfeln in den drei Worten: Krone, Altar und Geldsack! Heinz besprach die Lage des ländlichen Arbeiters. Redner führte in klaren Worten aus, wie durch die Zerstückelung des Grund und Bodens der ländliche Arbeiterstand seinem Ruin vollständig entgegengehe.

Scheil ergriff sodann zum vierten Punkt der Tagesordnung das Wort. Redner unterzog die heutigen Parlamente und die Wahlen zu denselben einer scharfen Kritik. Die Tendenz derselben bestehe in der Devise: „Geld ist Bildung!“ Sodann beleuchtete er mit klarem Bewußtsein unser sozial-demokratisches Programm und forderte die Anwesenden auf, sich in politischer Beziehung auszubilden, denn nur dadurch sei es möglich, daß dem Arbeiter die Rolle zu Theil werde, die ihm im Staate gebühre.

Am Sonnabend war unserem Parteigenossen Schneider eine Einladung zugegangen, der Generalversammlung des hiesigen Vereins für Fortbildung, dessen Mitglieder er früher war, dem er aber schon seit 1869 entschieden weggen ist, beizuwohnen. Folgender Versammlungsbeschluss wurde als Antwort dem Vorstand genannten Vereins zugesandt: „Auf die mir zu Ihrer heute stattfindenden Generalversammlung zu Theil gewordene Einladung erkläre ich, daß ich es für ein moralisches Verbrechen halte, solche Institutionen fern zu unterstützen. Zum Bewußtsein unserer Klassenlage durch die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse gelangt, werde ich Alles aufbieten, solche unhaltbare Institutionen, welche nur unklare Begriffe schäufen und noch zu schaffen gewillt sind, richtig zu kennzeichnen und auf das Entschiedenste zu bekämpfen.“

Als Kuriosum diene noch folgendes: Zu unserer Vorversammlung am Sonnabend hatte sich auch ein hoffnungsvoller Studiosus aus dem altbairischen Geschlecht der Schenkens, in einem Zustande, der gewöhnlich in jenen Klassen Unwohlsein (?) genannt wird. Schon vor Beginn der Versammlung hatte derselbe einen ziemlich kräftigen Jungenschlag merken lassen. Als nach Eröffnung derselben, trotz wehrlicher Aufforderung, denselben sich noch immer nicht beruhigen konnte, wurde, trotz allen Sträubens, der Adelige vor die Thüre gesetzt. Dies schien jedoch nicht geholfen zu haben, denn schon nach wenigen Minuten fand er sich wieder ein, um abermals Störungen zu verursachen. Diesmal jedoch wurde der zukünftige Träger des Staats (wie Herr Prof. Birnbaum sagt) von dem anwesenden Polizeiwachmeister auf Nichtwiederkehren an die Luft gesetzt.

An die Parteigenossen in Hessen-Nassau! Mitkämpfer! Die Gründung eines Agitationscomités für unsere Provinz ist beschloffen! An Euch ist es jetzt, Hand ans Werk zu legen. Haltet jetzt in Euren Dörfern Parteiversammlungen ab, in welchen jeder Ort zwei repräsentative Männer zum Agitationscomité zu wählen hat. Bis zum 1. Februar müssen wir vollständig konstituiert sein. Alles Nähere über das Agitationscomité resp. Agitationsliste wird Euch in diesen Tagen schriftlich zugehen. Auf ans Werk! Bedenkt, binnen Jahresfrist sehen wir vor den Wahlen, laßt die Zeit nicht ungenützt vorübergehen.

Hoch lebe die Sozialdemokratie. Ernst John, Schriftführer. Diese für das Agitationscomité sind zu senden an P. H. Schneider, Hirschberg 257 in Marburg.

Revises, 21. Dezember. Ich kann nicht umhin, einen Vorfall, welcher sich in der hiesigen mechanischen Weberei der Herren D. Peters und Compagnie vor einigen Tagen zutrug und hierorts allgemeine Entrüstung hervorrief, der Öffentlichkeit zu übergeben. Die Arbeiter und Arbeiterinnen genannter Firma sind allerdings an Strenge, oder wie die Herren Fabrikanten sagen, an Ordnung gewöhnt, aber bis jetzt noch nicht an Prügel. Die erste Prügelprobe wurde von einem Meister Horstmann an einem armen Mädchen, gebürtig aus Sachsen, vollzogen. Jenes Mädchen wurde von genanntem Meister derart ins Gesicht geschlagen, daß das Blut zum Gesicht herunterlief. Anstatt nun jenen Menschen von seinem Posten zu entfernen, was doch ganz in der Ordnung gewesen wäre, blieb er auf seinem Posten, und hatte nur als Strafe dem Mädchen Abtute zu thun. Würden die Besitzer genannter Fabrik auch wol so gnädig gehandelt haben, wenn an ihnen jene Prügelprobe vorgenommen worden wäre? Wol schwerlich. Jenes Mädchen war aber nur eine Arbeiterin, und der Meister prügelte vielleicht nur aus Dienstfeindschaft, und deshalb ist es auch erklärlich, daß der Meister nicht entlassen wurde. „Strenge muß sein“, so lautet die Parole in dieser Fabrik; „es ist zum Besten der Arbeiter selbst“. Von Morgens 6 bis Abends 8, mit geringer Unterbrechung zum Essen, in dumpfen Lokalen hinter verschlossener Thüre sitzen, ist, soviel ich weiß, nur hier allein Sitte. In der ganzen Gegend, weder in Elbersfeld-Barmen, noch in andern Orten und in den Fabriken die Thüren verschlossen. Wenn ein Arbeiter 10—15 Minuten zu spät kommt, hat er 5 Sgr. Strafe; für den kleinsten Arbeitsschler wird Strafe gezahlt. Wer raucht, bezahlt Strafe; wer Schnaps trinkt desgleichen; wer nicht genug Ellen macht, wird entlassen — kurz, Alles wird mit Geld bestraft. Nur wenn ein Meister ein Mädchen schlägt, das wird nicht bestraft, dann wird nur um Verzeihung gebeten. Schöne Zustände das. Wie lange werden die Arbeiter sich solches noch gefallen lassen? Wie lange werden sie noch mit Geduld die sozialen Fesseln tragen? Ein Arbeiter.

Hirschheim un. Tsch., 19. Dezember. Kürzlich fand hier eine Volksversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Tagesordnung war die Arbeiterbewegung und ihre Ziele, und Herr Morlok aus Eßlingen referirte. Auch waren noch einige Parteigenossen von Eßlingen anwesend. Herr Morlok wies zuerst auf die Entstehung und Entwicklung der Arbeiterbewegung hin; auch machte er das heutige Produktionssystem einem Jeden klar und

deutlich, wobei er mehrmals durch Beifallsbezeugungen unterbrochen wurde. Redner zeigt dann weiter, wie diesem Produktionssystem abgeholfen sei; und kam dann schließlich auf die Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe zu sprechen. Ueberhaupt verstand es Herr Morlok trefflich, durch Klarlegung der Bestimmungen der Sozialdemokratie die gegen dieselbe geschleuderten Verläumdungen in ihr Nichts aufzulösen. Zum Schluß zeigten sich etwa 50 Mann in die aufgelegte Parteiliste ein. Samstag darauf besaamen wir eine Versammlung zur Konstituierung der Parteimitgliedschaft, zu welcher Herr Banghaf aus Eßlingen erschien und die Liste der eingetragenen Mitglieder mitbrachte. Doch von all den 50, die sich hatten aufnehmen lassen, kamen nur 9 Mann. Wir waren also wohl oder übel gezwungen die Sache bis auf weiteres zu vertagen. Wir wollten nun am 3. Novbr. wieder eine Volksversammlung anberaumen mit der Tagesordnung: 1) „der Eisenacher Kathedersozialisten-Kongress“, 2) „die indirekten Steuern.“ Aber nun besagten die Redakteure die Aufnahme der Versammlungsannonce und dem Wirthe hielt man das Gefährliche seines Beginns vor, wenn er Versammlungen der Sozialdemokraten in seinen Lokalen abhalten ließe. Wir ließen zwar noch etliche Plakate anschlageln, die Versammlung aber war verpufft. Ein anderes Mal werden wir uns vorsehen. Herr Morlok aus Eßlingen war wiederum anwesend und trotz des schwachen Besuchs zeigten sich 11 Mitglieder in die aufgelegte Liste ein. Wir schritten dann zur Wahl eines Vertrauensmannes sowie zu der eines Kassirers, wobei Gottlieb Besmer zum Vertrauensmann und Hummel zum Kassirer gewählt wurden. Wir waren froh, daß wir wenigstens einen Stamm hatten, und glaubten die Sache würde einen guten Fortgang nehmen; doch darin hatten wir uns bitter getäuscht, denn als wir am 25. November eine Versammlung anschieben zur näheren Konstituierung der Parteimitgliedschaft, da kamen bloß 5 Mitglieder, und nicht einmal unser neugewählter Kassirer, welcher gleich nach seiner Wahl gesagt hat, er verfaule das Geld, welches man ihm anvertraut habe; er wolle von dieser Sache nichts wissen. Wir sind mit dieser Versammlung um keinen Schritt vorwärts gekommen, und müssen uns gedulden, bis wir wieder eine passende Gelegenheit finden, den Verein anders zu organisiren. Doch dabei möchte ich den hiesigen Arbeitern aus Herz legen, ein andermal vorsichtiger in ihrer Wahl zu sein; denn Arbeiter, die heute eine Wahl annehmen und morgen das ihnen geschenkte Vertrauen mit Füßen treten, sind nicht werth, Mitglieder des sozialdemokratischen Arbeitervereins zu sein. Im Allgemeinen sind die hiesigen Arbeiter noch zu gleichgültig, theilweis aber auch ängstlich. Ich richte hiermit an die Arbeiter die Mahnung, in die Reihen der Sozialdemokratie einzutreten, denn hier findet ihr Aufklärung über eure Interessen. Sind wir einmal so weit, daß die Arbeiter wissen, wie sie gedrückt sind, so kann unser Ziel auch nicht mehr fern sein. Mit sozialdemokratischem Gruß

Georg Burgard, bei Conditor Dorfner. Köln, 20. Dezbr. Zur städtischen Krankenkasse. Daß man als Mitglied der städtischen Krankenkasse erst vom 8. Tage an Krankengeld erhält, wissen wol hierorts Alle, daß man aber 3 Jahre 3 Monate Mitglied genannter Kasse sein kann und den Arzt selbst bezahlen muß, dürfte wol den Meisten unbekannt sein. Unterzeichneter meldete sich am 2. Dezember krank und wurde auf den andern Tag wieder zu dem Arzte zurückbestellt. Die Krankheit war aber den folgenden Tag in ein Stadium eingetreten, daß ich das Zimmer nicht mehr verlassen konnte. Ich schickte zum Arzte. Weil ich aber eine halbe Stunde vor der Stadt auf dem Ehrenfelde wohne, sagte Letzterer, es sei ihm dies zu weit, ich müsse mir einen Arzt zu Hause nehmen, könne jedoch die Recepte bei ihm visiren lassen, daß ich die Medizin umsonst bekäme. Als ich mich am 17. Dezember auf der Rebandatur der städtischen Krankenkasse wieder gesund meldete und die Frage an den Herrn Rebandanten stellte, ob mir kein Arzt vergütet würde, bemerkte derselbe, es würden keine andern als die Aerzte der Kasse gut gethan, obschon ich gezwungen wurde, (trotzdem ich nicht in Köln wohne) in die städtische Krankenkasse einzutreten, und auch 3 Jahre und 3 Monate meine Beiträge entrichte habe. Heute kann man uns nicht mehr zwingen, in die städtische Krankenkasse einzutreten. Möchten doch die Arbeiter ihre Krankenkassen überall selbst in die Hand nehmen.

Briefkasten: der Redaktion: R. Bernhart in Berlin: Gewiß; nichts kann und erwünschter sein. — Hsch in Köln: Senden Sie über die am 4. d. stattgehabte Versammlung einen Originalbericht. — J. Ph. B. in Gens: Wird besorgt. — S. F. in Hannover: Nächste Nummer. der Expedition. Kobitzsch in Dresden 4. Qu. 13 Tblr. 19½ Gr. — Wegel in Hohenheim für Schriften 1 Tblr. — Georg in Renschen 1. und 2. Quartal 2 Tblr. — Huber in München-Grabbach 1. Qu. 27 Gr., das Abon. kostet 12½ Gr., das Porto 13 mal 2 Gr., macht Jobin 1 Tblr. 8 Gr. 5 Pf., sub demnach noch 11 Gr. 5 Pf. zu bezahlen. Müller in Glauchau für Schriften 16 Tblr. — B. hier 4. Qu. 9 Tblr. — Köder in Reudorf für Schriften 3 Tblr. 18 Gr. — Müller in Glauchau für Schriften 16 Tblr. — Braun in Schw.-Gmünd 4. Qu. 17 Tblr. 4 Gr. 2 Pf. — Brennenmeier in Göttingen 4. Qu. 6 Tblr. 5 Gr. — Palm in Sieburg für Schriften in 6 Gr. — Stewes in Pinneberg für Schrift 3 Gr. — Schwes in Wiesbaden für Kalender 3 Tblr. — K-r in Berlin: Nein.

Zur Wahl Bebel's und Liebknecht's. Von C. hier 5 Thaler. Die Exped. d. Volksstaat.

Für Annoncen haben Gebühren zu entrichten (in Groschen): Altona: Sauer 4 (August); Pol.arbeiter 6 (November); Sozialdemokratischer Arbeiterverein 77 (September bis Dezember). Augsburg: Endres Schuhmacher-Kongress 7 (September); Stolberg 14 (Oktober); Arbeiterpartei 41 (Oktober bis Dezember); Wolda; Reichel 10 (Dezember); Braunschw. Wittich 8 (August); Müller 7 (November); Berlin: Arbeiterverein 46 (November und Dezember); Bresslau: Dehne 5 (Oktober); Arbeiterpartei 71 (Oktober bis Dezember); Chemnitz: Schneiderverein 5 (Oktober); Crimmitschau: Manufakturarbeiter-Gewerkschaft 14 (Oktober); Köln: Bauer-Gewerkschaft 8 (November); Arbeiterpartei 35 (Nov. und Dez.); Cassel: Arbeiterpartei 10 (Sept.); Dresden: Schneiderverein 20 (Nov.); Bauer-Gewerkschaft 8 (Okt.); Pol.arbeiter-Gewerkschaft 3½ (Febr.); D. W. W. 7 (Dez.); Agitations-Komité 18 (Dez.); Elbersfeld: Arbeiterpartei 20 (Nov.); Eßlingen: Arbeiterpartei 12 (Nov., Dez.); Frankenberg: Arbeiterverein 8 (Aug.); Frankfurt a. M.: Jollinger 4 (Sept.); Arbeiterpartei 8 (Nov.); Göttha: Stollberg 40 (Nov.); Arbeiterverein 17 (Sept.); Arbeiterpartei 7 (Dez.); Geve: Stopp und Morgenstern 9 (Nov.); Glauchau: Bolloverein 30 (Dez.); Herborn: Dinz 4 (Juni); Hamburg: Wehner 12 (Okt.); Gewerkschaft der Pol.arbeiter 5 (Okt.); Stapper und Borrlicht 5 (Okt.); Buchbinderverein 6 (Nov.); Arbeiterverein 49 (Nov.); Hannover: Buchbinderverein 6 (Nov.); Arbeiterverein 32 (Okt. bis Dez.); Arbeiterpartei 5 (Dez.); Hohenheim: Lange 6 (Okt.); Jschitz: Karing 16 (Dez.); Kirchhain: Vorkardt 5 (Sept.); Pausanne: Schneiderverein 4 (Nov.); Leipzig: Sektion der Eisen 4 (Nov.), Helmsch Buchforerung 4 (Dez.), Schuhmachergewerkschaft 10 (Dez.), Kren er u. Kirchhof 6 (Okt.), Trubner 14 (Febr.), Richter, Restaur. 24 (Apr. u. Sept.), Metallarbeiter Gewerkschaft 42 (Nov., Dez.), Holzarbeiter-Gewerkschaft 21 (Nov., Dez.), Sektion der Wittich 12 (Dez.), Sektion der Tischler 14 (Dez.) Sektion

der Stellmacher 3 (Dez.), Kürschner-Gewerkschaft 37 (Nov., Dez.), Arbeiter-Bildungsverein 12 (Dez.); Lugau: Turnverein 9 (Juni); München: Kochoren der Tischler 4 (April), Arbeiterpartei 36 (Januar bis Nov.); München: Dürle 6 (August); Münchenbernsdorf: Arbeiterpartei 10 (Okt.); Mainz: Fren; 6 (Dez.); Marburg: Arbeiterpartei 50 (Dez.); Naumburg; Reber 4 (Dez.); Revises: Arbeiterpartei 6 (Dez.); Offenbach: Arbeiterpartei 20 (Nov.); Pforzheim: Arbeiterpartei 12 (Aug., Nov., Dez.); Regensburg: Hof 6 (Dez.); Reichenbach i. S.: Reindt 5 (Nov.); Rechlitz: Arbeiterverein 37 (Jan. bis Nov.); Spandau: Arbeiterpartei 10 (Nov., Dez.); Stuttgart: Arbeiterverein 5 (Nov.), Bebel 3 (Dez.), Schuhmachergewerkschaft 3 (Dez.); Verdorf: Deutsche Sektion 3½ (März); Wiesbaden: Schuhmachergewerkschaft 6 (Sept.); Wandersbeck: Arbeiterverein 7 (Okt.), Jahle 2 (Okt.); Würzburg: Schuhmachergewerkschaft 4 (Dez.). Die Berechtigung vorstehender Annoncen-Gebühren wird binnen 8 Tagen erwartet. Die Expedition des Volksstaat.

### Anzeigen zc.

**Mugsburg.** Der Unterzeichnete bringt den Augsburger Mitgliebern und Abonnenten des „Volksstaat“ hiermit zur Kenntnis, daß er vom 1. dieses Monats die „Filialexpedition des Volksstaat“ übernommen hat und daß bei ihm Kassalle, sowie andere sozialdemokratische Schriften zu haben sind. J. Endres, mittlerer Lech 316.

**Berlin.** Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Montag, den 13. Januar Abends 8 Uhr im Lokal des Herrn Reves, Weberstraße 24. Vortrag des Herrn Auer. Mitglieder und Freunde der Partei sind freundlichst eingeladen.

**Essen.** Sämtliche Leser des „Volksstaat“ werden gebeten, sich Sonntag, den 12. Januar, Abends 6 Uhr bei Gastwirt Kotbe, Steeler Thor, zu einer notwendigen Besprechung einzufinden. Der Vertrauensmann.

**Hamburg.** Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Versammlung Montag, den 13. Januar, Abends 9 Uhr in Oberbahn's Clublokal, Zeughausmarkt 31. Tagesordnung: 1) Rückblick auf das Jahr 1872. Referent Geih. — 2) Die Einigungsbestrebungen. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

**Leipzig.** Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sektion der Glaser. Sonnabend, den 11. Januar Abends 8 Uhr Versammlung bei Herrn Wösa, Gerberstraße. D. S.

**Leipzig.** Kürschner- und Röhrenmacherverein. Montag, den 12. Januar Sitzung bei Herrn Richter, Rospitz 9. Tagesordnung: Bericht über die Abendunterhaltung und über den Wiener Fachverein. Sämtliche Mitglieder haben zu erscheinen. Der Vorstand.

**Leipzig.** Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sektion der Pianoforte-arbeiter. Sonnabend, den 11. Januar Abends 8 Uhr bei Zedler, Windmühlstraße 7. NB. Alle Reklanten werden aufgefordert zu erscheinen.

**Leipzig.** Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sektion der Stellmacher. Sonnabend, den 11. Januar Abends 8 Uhr Versammlung bei Landgraf, kleine Windmühlengasse 1. Tagesordnung: Renewahl sämtlicher Ausschußmitglieder. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet der Vorstand.

**Leipzig.** Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 18. Januar Generalversammlung bei Zedler, Gr. Windmühlstraße 7. Tagesordnung: I. Abrechnung des Gewerkschafts und des Krankenkassirers. II. Ergänzungswahl des Ausschusses. Die Mitglieder werden auf 5 26 der Krankenkassen-Stimmen aufmerksam gemacht. Der Vorstand.

**Leipzig.** Allgemeiner deutscher Schneiderverein. Dienstag, den 14. Januar Abends 8 Uhr, Sitzung in Hufscholds Restauration, Gewandgäßchen 4. Tagesordnung: Wichtige Vereinsangelegenheiten. Die Mitglieder werden zu zahlreichem Erscheinen aufgefordert. Gäste sind willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder. Der Vorstand.

**Leipzig.** In ernationale Arbeiter-Gewerkschaft. Sitzung den 13. Januar in Arnholds Restauration, Reudnigerstraße. Tagesordnung: Festangelegenheiten. Alle Mitglieder werden aufgefordert zu erscheinen. D. S.

**Fond für politisch Gemahregelte.** Freiwillige Sammlung bei der Weihnachtsgesellschaft des Arbeiterbildungsvereins Leipzig 3 Tblr 16; von Carl Schumann in Penig 1 Tblr; von Just. Friedrich in Gesehendorf 15 Gr.; von Kobitzsch in Dresden 10 Gr. 5 Pf.

### Stamm's Erlösung der darbeden Menschheit betreffend.

Um Arbeitervereinen die Anschaffung obigen Buches, welches soeben in zweiter Auflage erschienen, habe ich den Preis für diese auf 15 Sgr. (1 fl. 80 fr.) ermäßigt, und kann das Buch zu diesem Preise bei der Buchhandlung des „Volksstaat“, bei Herrn Schriftführer Franz und bei der Verlagshandlung bezogen werden. Wegen größerer Partien beliebe man sich direkt franco an die unterzeichnete Verlagshandlung zu wenden.

Schabelitz'sche Buchhandlung in Bützsch.

### Die Filialexpeditionen

werden aufgefordert, für das 4. Quartal die Abonnementbeträge sofort einzufordern. Es muß laut Reglement bis Mitte jedes Quartals dafür Sorge getragen werden, daß die hiesige treffenden Beträge mindestens zur Hälfte abgeführt werden. Filialen, welche bis 14. Januar ihrer Verpflichtung für verflorenes 4. Quartal nicht nachgekommen, können weitere Sendungen nicht erhalten. Leipzig, 4. Januar 1873.

Für die Verwaltungskommission: Hüblich. Für die Expedition des „Volksstaat“: W. Finck.

**Genossenschaftsbuchdruckeri.** Anteilsscheine beziehentlich Anteilquittungen erdichten ferner: in: Münchenbernsdorf C. R. 2; Augsburg L. J. 3; Leipzig W. F. 3; Reichenbach C. L. 7; Pirnae J. St. 1; Jsch. St. 1, C. St. 1, M. P. 1; Reichenbach A. S. 1, M. R. 1, E. L. S. B. 1, C. R. 1, C. W. 3; Reudorf C. W. 2, A. G. 2; Reudnitz F. W. 3; Oberlungwitz W. R. 2; Frankenhäuser A. H. 1; Weimar W. R. 1; Pantau C. St. 4, C. W. 4; Leipzig F. St. 3, C. F. 50, D. St. 1, F. St. 1; Ferst C. W. 3; Magdeburg C. F. 10, C. S. 2, W. H. 2, A. R. 2; Wankau W. R. 2; Neercane Volksverein 2, W. F. 3, D. C. 1, G. H. 1, J. F. W. 5; F. B. 1, G. R. 3, W. De. 1, M. A. Gewerkschaft 1; Crimmitschau C. W. 20; Wertau C. C. St. 20. Chr. Hüblich, Kassirer.

### Einer der größten Lumpen

hat aufgehört zu existiren: am Mittag des 9. d. beendete Louis Napoleon Bonaparte sein lugwürdiges Dasein. Er ist der Gerechtigkeit entwidrigt, sorge Jeder dafür, daß diese wenigstens seine Mitstrecker erreiche!

Leipzig: Verantw. Redakteur R. Seiffert. (Redaktion und Expedition: Godestr. 4.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckeri.